

Antrag

Bearbeitung: Natalie Beisiegel (E-Mail: natalie.beisiegel@luebeck.de Telefon: 122-1051)

FDP: Ergänzungsantrag zu VO/2020/08734-01 Aktionsplan zur Bekämpfung des Antisemitismus (VO/2020/08734) - Konkretisierung

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
30.06.2022	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Der Bericht wird als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen.

Der Aktionsplan wird mit nachfolgender Zielsetzung konkretisiert:

- die Sichtbarkeit der Vielfalt jüdischen Lebens in Lübeck fördern
- das Öffentliche Problembewusstsein schärfen
- einen Aktionsfonds gegen Antisemitismus ermöglichen, d. h. Umsetzung und Finanzierung von themenspezifischen wissenschaftlichen und künstlerischen Forschungsprojekten, Weiterbildung von Pädagoginnen und Pädagogen, Lehrenden sowie Ausweitung der Bildungsangebote, insbesondere auf den außerschulischen Bereich, Betroffenenberatung und Mobilisierung gegen Antisemitismus

Der Aktionsplan soll folgende Handlungsfelder berücksichtigen:

- Perspektiven, der in Lübeck lebenden Juden und Jüdinnen
- Jüdisches Leben in Lübeck
- Benennung von Handlungsfeldern für die Prävention von Antisemitismus und Förderung der Vielfalt jüdischen Lebens
- Bildung, Ausbildung, Forschung, Kultur und Sport
- Erinnerungskultur

Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil: (nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)

Begründung:

In den Aktionsplan zur Bekämpfung des Antisemitismus, ist als eine systematische Handlungsaufforderung für die Lübecker Verwaltung und Zivilgesellschaft zu verstehen.

Die Verhütung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus soll als grundlegende Verantwortung und als aktive Zukunftsgestaltung begriffen werden. Deshalb soll es sich bei dem Aktionsplan nicht um ein abgeschlossenes Konzept handeln, sondern um einen kontinuierlichen Prozess, der von allem von den beteiligten Akteuren und Akteuriinnen der Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft getragen werden muss.

In den Aktionsplan sollen u. a. Erkenntnisse einfließen, die aus bereits

vorhandenen und erprobten Maßnahmen und Aktionsplänen gegen Antisemitismus (u.a. Aktionsplan gegen Antisemitismus - Handlungsstrategien für die Prävention von Antisemitismus der Landeshauptstadt München) resultieren. Grundlage für den Aktionsplan soll eine Studie zu Antisemitismus und jüdischem Leben in Lübeck sein. Der Aktionsplan soll in Absprache mit den jüdischen Gemeinden, Jugend-, Sport-, Bildungs- und Kultureinrichtungen erarbeitet werden. In ihn sollen sowohl Initiativen und Maßnahmen der Verwaltung und Stadtgesellschaft gegen Antisemitismus einfließen.

Anlagen:

Vorsitzende/r
der FDP-Fraktion